

Aufgrund der nicht ausreichenden Verarbeitungskapazität im sowjetischen Fernen Osten müssen große Mengen von Rohmaterialien über lange Distanzen in die europäischen Gebiete der Sowjetunion transportiert werden. Auf diese Weise steigen die Kosten der Produktion um ca. 30%.

Ein wichtiger Teil des Zusammenarbeitsangebotes bezieht sich auf den Transfer von großen Mengen von Arbeitern nach Sibirien. Ein Resultat der Forschungen ist, daß der sowjetische Ferne Osten 80 Millionen Arbeiter für den Aufbau bis zum Ende dieses Jahrhunderts benötigen wird. Die einheimische sowjetische Bevölkerung in dieser Region wird aber nicht 50 Millionen überschreiten.

Für viele chinesische Arbeiter könnte es attraktiv sein, nach Sibirien zu gehen. Die Bedingungen seien nicht härter als in Nordost-China. Die durchschnittlichen Löhne würden sogar zehnmal so hoch sein wie in China.

Die genannte Forschungsgruppe schlägt vor, daß bis zu 1 Million chinesische Arbeiter sich an dem Wirtschaftsaufbau im sowjetischen Fernen Osten und in Sibirien beteiligen. Um mit dem größten Problem, nämlich Transport, fertigzuwerden, schlagen die Forscher vor, daß die Volksrepublik und die Sowjetunion eine gleiche Anzahl von Militärhäfen in Nordost-Asien für den zivilen Gebrauch öffnen. (ADN, 9.5.89; China Daily, 2.6.89) -lou-

*(15)

Volksrepublik auf Pkw-Importe angewiesen

Der Bedarf der Volksrepublik China an Personenkraftfahrzeugen wird auch im Jahre 1989 die Eigenerzeugung weit übersteigen. Allerdings sollen die notwendigen Importe zum Schutz der eigenen Industrie und zwecks Ersparnis an Devisen so gering wie möglich gehalten werden. Branchenfachleute rechnen mit einem im Vergleich zum Vorjahr eventuell geringfügig nach oben verschobenen Importniveau.

Die Verkaufsentwicklung wird, stabile Preise vorausgesetzt, im wesentlichen von der Zahl erteilter Kaufgenehmigungen abhängen. Chinesischsprachige Zeitschriften gehen von einem Absatz von 100.000-115.000 Einheiten aus.

Im Jahre 1988 führte die Volksrepublik offiziell 33.140 Pkws ein (ein Plus von 8,5% im Vergleich zum Vorjahr). Das

Importgeschäft wird seit Jahren von der Sowjetunion und von anderen RGW-Staaten (vor allem Polen und Rumänien) beherrscht. Dies gilt auch für die 9.852 importierten Geländefahrzeuge (+218,5%). Ein Großteil des Handels mit Osteuropa wird über devisenneutrale Barter- und Kompensationsgeschäfte abgewickelt. Darin und im niedrigen Preis liegen die entscheidenden Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Anbietern. Chinesische Exporte gibt es praktisch nicht.

Den Vergleich hinsichtlich Fertigungsqualität und Leistungsfähigkeit mit in westlichen Ländern hergestellten Pkws halten die sowjetischen Lada und Wolga, polnischen Fiat und rumänischen Dacia bzw. Aro kaum aus. Sie kosten den Kunden in der Volksrepublik allerdings auch höchstens die Hälfte. Japan und die Bundesrepublik Deutschland sind aus dem Kreis der westlichen Industriestaaten die wichtigsten Lieferanten.

Im Omnibus-Geschäft sind die Japaner derzeit weitaus am stärksten. Ihr Mengenanteil an den 1988 insgesamt gelieferten 7.251 Einheiten (+72,6%) betrug 41,5%, bei den Typen mit 20-29 Sitzen 99,1% und mit 10-19 Plätzen immerhin noch 72,7%. Die meisten Fahrzeuge kommen aus westlichen Industrieländern (inklusive Japan). Die Bundesrepublik Deutschland ist, anders als z.B. Italien, hier kaum vertreten. RGW-Staaten spielen in diesem Segment keine große Rolle, nur Ungarn konnte 1988 mit einem größeren Abschluß auf sich aufmerksam machen. (NfA, 9.5.89) -lou-

*(16)

Gesetz zur Einschränkung von Luxus-Importen gefordert

33 Abgeordnete forderten in einem Antrag an den Nationalen Volkskongreß, daß Luxus-Importe durch Gesetz verboten werden solle. Die begrenzten Devisenreserven des Landes sollten dazu genutzt werden, das zu kaufen, was China wirklich benötige. Der Antrag zielte auf Automobile, Zigaretten, alkoholische Getränke und Kosmetika. Alle diese Güter würden in schnell wachsendem Tempo ins Land gebracht. Aufgrund von Zollstatistiken wurde bekannt, daß in den ersten drei Monaten des Jahres 1989 7.518 Automobile im Werte von 62,8 Mio.US\$ importiert wurden, eine Zunahme von 50,6% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres.

1988 wurden mehr als 33.100 Automobile importiert, ein Zuwachs von 8,5% gegenüber 1987. Alkoholische Getränke zeigten einen Zuwachs von 43,9% und Zigaretten von 19,8%. Die dramatischsten Zuwächse überhaupt habe es jedoch bei Parfums und Kosmetika gegeben, die Zuwachsraten betrügen hier 90% und 187% im Vergleich zu 1987.

Die Abgeordneten forderten den Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses auf, Gesetze und Regeln zu erlassen, um den Import und den Verkauf ausländischer Luxusgüter (mit Ausnahme jener, die für die Ausländergeschäfte bestimmt seien) zu verbieten.

Ein weiterer Antrag, der von 30 anderen Abgeordneten gestellt wurde, behauptete, daß zu viele ausländische Automobile in den letzten Jahren importiert worden seien. Dies sei "vollständig unnötig".

Auf einem Treffen mit Studenten, das vom Fernsehen übertragen wurde, erklärte Yuan Mu, der Sprecher des Staatsrates, daß beschlossen worden sei, den Import von Luxusautomobilen zu beenden.

Ausländische Luxusgüter sind nun in den meisten der großen chinesischen Städte vorrätig. Insbesondere würden gute Geschäfte mit besonderen ausländischen Kosmetika gemacht. Eine Flasche französischen Parfums könne bis zu 190 Yuan kosten. (China Daily, 2.5.89) -lou-

Binnenwirtschaft

*(17)

Steuerhinterziehung

Die Steuerhinterziehung ist zu einem ernstesten Problem für Chinas wirtschaftlichen Aufbau geworden. Eine nationale Untersuchung über Besteuerung, Finanzen und Preise, die vom Januar 1988 bis Januar 1989 durchgeführt wurde, brachte an den Tag, daß 12,31 Mrd.Yuan an Steuern hinterzogen worden seien, das waren 29,5% mehr als im Jahre 1987.

Die Untersuchung zeigte ebenso, daß mindestens 50% der staatlichen sowie der kollektiv betriebenen Unterneh-

men an der Steuerhinterziehung beteiligt waren. Eine Untersuchung von 33 Unternehmen in Nanchong, in der südwestlichen Provinz Sichuan, brachte an den Tag, daß diese 4,103 Mio. Yuan Steuern hinterzogen hatten.

Nach der Studie wurden die meisten Steuern von staatlich betriebenen Unternehmen und verschiedenen Arbeitsdienstunternehmen hinterzogen. Die Steuern auf Produkte, auf den Nettoproduktionswert sowie Unternehmens- und Einkommensteuern waren die wichtigsten Elemente der Hinterziehung.

Viel Aufmerksamkeit in den chinesischen Medien erregte der Fall von Mao Amin, die eine der führenden chinesischen Pop-Sängerinnen ist. Sie hatte dem Steueramt von Nanjing berichtet, daß sie Einkommensteuern in Höhe von 150.000 Yuan auf jenes Einkommen zahlen werde, daß sie seit 1987 nicht angegeben habe.

Die Sängerin berichtete dem Steueramt am 6. Mai 1989, daß sie insgesamt 270.000 Yuan für verschiedene Aufführungen in vielen chinesischen Städten seit 1987 erhalten habe.

Am April 1989 war berichtet worden, daß die Sängerin 36.000 Yuan an Steuern schulde, nachdem sie 12 Konzerte während fünf Tagen Anfang des Jahres in der Stadt Harbin gegeben hatte. Mao hatte zunächst in einem Interview mit der *Beijinger Abendzeitung* abgestritten, daß sie 60.000 Yuan erhalten hätte. Sie erklärte, daß Abkommen habe Nettozahlungen nach Versteuerung vorgesehen. Später mußte sie jedoch zugeben, daß auf diese 60.000 Yuan Einkommensteuern zu zahlen seien.

Wie die *Wirtschaftszeitung* schrieb, seien sich viele Chinesen darüber nicht im klaren, daß sie die Pflicht hätten, Steuern zu zahlen. In diesem Zusammenhang wurde eine Untersuchung über den Bezirk Haidian in Beijing zitiert, wonach nur 56 Menschen in diesem Distrikt ihre Einkommen angäben und Steuern zahlten. Im Dezember 1988 waren dort 550.000 Yuan an Steuern eingenommen worden. Doch die Zahl der Menschen, die Einkommensteuern zahlten, sei gesunken, und die Steuersumme sei auf 300.000 Yuan im Januar und Februar 1989 gesunken. (RMRB, 10.5.89; Pekingischer Abendzeitung, zit. nach XNA, 11.5.89; XNA, 11.5.89) -lou-

*(18) 10 Mrd.Yuan fehlen für Getreidean- kauf

Nach einem Bericht der *Volkszeitung* vom 13.5.1989 hätten das Ministerium für Handel und die Landwirtschaftsbank mitgeteilt, daß dem Land 10 Mrd.Yuan fehlen, die gebraucht würden, um Getreide und Öl von den Bauern aufzukaufen. Insgesamt würden 20 Mrd.Yuan benötigt, um Getreide und Öl im Sommer 1989 aufzukaufen, doch nur etwa die Hälfte dieser Mittel könnte bereitgestellt werden.

Die *Volkszeitung* wies darauf hin, daß der gegenwärtige Ankaufpreis sich auf nur etwa ein Drittel des Marktpreises beliefe. Falls kein Bargeld vorhanden sei, würde es schwierig, wenn nicht sogar unmöglich werden, Getreide von den Bauern anzukaufen. Falls die Bauern Schuldscheine der Regierung akzeptierten, so würden sie für die Herbstbestellung keine Mittel zur Verfügung haben.

Auf einer Sitzung des Staatsrats über die Landwirtschaft Mitte Mai 1989 erklärte Premierminister Li Peng, daß eine gute Sommerernte von großer Bedeutung sei, um den Markt zu stabilisieren, die Preiserhöhungen gering zu halten und der Volkswirtschaft insgesamt zu helfen.

Die Ankaufssaison für die Frühjahrskulturen hat bereits in den südlichen Provinzen, wie Sichuan und Zhejiang, begonnen.

Lokale Führer aus den Provinzen Hunan, Hubei, Guangdong, Guangxi, Hebei und Jiangsu planen, nach Peking zu gehen, um dort Geld von der Zentralregierung einzufordern.

Die Lage werde dadurch noch verschlimmert, daß einige skrupellose lokale Kader die Finanzmittel zum Ankauf des Getreides für andere Zwecke verwendeten, wie z.B. Bau von Fabriken, Kauf von Automobilen, Investitionen in Unternehmen und Rückzahlungen von Schulden. Staatseigene Banken verklagten Bauern, um Milliarden von Yuan nicht zurückgezahlter alter Kredite zu erhalten. Diese Mittel sollen dazu genutzt werden, die Sommerernte aufzukaufen.

Die Landwirtschaftsbank von China wird seit langem mit dem Problem der nicht zurückgezahlten Kredite geplagt. Im Juli 1988 startete sie eine Rückfor-

derungskampagne, und bis April 1989 hatte sie 24% der überfälligen Schulden eingetrieben.

Einen Fall betraf einen Bauern aus der Provinz Sichuan namens Han Bangjun. Er wurde zehn Tage eingesperrt und mit einem Strafmandat in Höhe von 30 Yuan überzogen, nachdem er sich geweigert hatte, einen Kredit in Höhe von 400 Yuan zurückzuzahlen, den er vor fünf Jahren von der Bank erhalten hatte. Er hatte auch einen Bankangestellten geschlagen. Das Gericht verurteilte ihn dazu, den Kredit und die Zinsen zurückzuzahlen.

Der Bauer hatte gemeint, er brauche den Kredit nicht zurückzuzahlen. Er hatte erklärt: "Das Geld gehörte dem Staat, ich selbst gehöre auch zum Staat, deswegen habe ich ein Recht auf dieses Geld." Als Bankangestellte ihn besuchten und die Rückzahlung forderten, erklärte er, die Bank könne sein Leben haben, doch nicht sein Geld.

Die Filiale der Landwirtschaftsbank in Sichuan begann im letzten Quartal des Jahres 1988 mit rechtlichen Schritten. In über zwei Monaten brachten die Bankfilialen auf den verschiedensten Ebenen mehr als 10.000 Schuldner vor die Gerichte und forderten 26 Mio. Yuan ein. Die meisten Schuldner zahlten die Kredite zurück, nur wenige kamen ins Gefängnis. (RMRB, 13.5.89; China Daily, 20., 31.5.89) lou-

*(19) Sozialversicherungssystem

Die Volksrepublik hat nun 21,23% pensionierte Arbeiter (in Relation zur Gesamtzahl der Arbeiter). Jeder von ihnen bezieht eine Pension, die fast so hoch ist wie das durchschnittliche Lohneinkommen der städtischen Arbeiter. Das Zentrale Statistikamt erklärte, daß in den letzten zehn Jahren die Zahl der pensionierten Arbeiter durchschnittlich um 1,8 Millionen zugenommen habe. Während der letzten Dekade habe sich die Gesamtzahl ver-sechsfacht. Im Jahre 1988 kosteten die Pensionäre den Staat 37,3 Mrd. Yuan an Wohlfahrtszahlungen. Man benötige nun 6,4 Arbeiter, um einen pensionierten Arbeiter zu unterhalten.

In der Volksrepublik ist ein nie zuvor dagewesenes Anwachsen der Zahl der älteren Menschen zu verzeichnen. Die Durchführung der Bevölkerungspolitik,

verbesserte medizinische Vorsorge sowie bessere Ernährung hätten die Altersrate schnell ansteigen lassen.

Im Jahre 1953 waren 4,4% der Bevölkerung des Landes mehr als 60 Jahre alt. Um das Jahr 2000 wird dieser Prozentsatz 7% betragen, gegen das Jahr 2025 wird er 13,2% erreichen, nämlich dann, wenn geburtenstarke Jahrgänge - jene, die in den 1960er Jahren geboren wurden - in das höhere Erwachsenenalter eintreten.

Der Alterungsprozeß ist im Osten und Westen des Landes unterschiedlich, und zwar wegen der unausgeglichenen wirtschaftlichen Entwicklung. Die Altersrate ist in städtischen Gebieten höher als in ländlichen Gebieten, so Yao Shuben, ein Forscher des chinesischen Instituts für Altersfragen.

Yao stellte fest, daß die Durchführung der Ein-Kind-Familien-Politik die Geburtenrate in den städtischen Gebieten gesenkt, doch zu einer schnellen Zunahme des Alterungsprozesses beigetragen habe. Auf dem Land habe hingegen die hohe Geburtenrate dazu geführt, daß der Alterungsprozeß langsamer vorangehe.

Das Anwachsen der alten Bevölkerung sei schädlich für die Entwicklung der Wirtschaft. Nach Yao könne ein Land wie China, mit einem Volkseinkommen pro Kopf von umgerechnet 300 US\$, es sich nicht leisten, eine schnell wachsende alte Bevölkerung zu unterhalten.

Die Urbanisierung wird als ein Weg angesehen, den Alterungsprozeß abzumildern. Um genug Arbeitskräfte in den städtischen Gebieten zu behalten, sollten die lokalen Regierungen Satellitenstädte um die großen Städte herum bauen, wodurch junge ländliche Arbeitskräfte angezogen würden. Dies würde dazu beitragen, die Bevölkerungsstruktur in den städtischen Gebieten zu regulieren.

Wie Hou Wenrou, ein Professor der Volksuniversität, mitteilte, sei ein Weg aus dem Dilemma in der Reform des Pensionssystems zu sehen. Mit der Zunahme der älteren Bevölkerung kommt eine finanzielle Last auf das Wohlfahrtssystem des Staates und der Unternehmen zu. Die bis 1990 pensionierten Menschen machen etwa 14% der Erwerbsbevölkerung des Landes aus; die Pensionen werden 26 Mrd. Yuan erreichen.

Die Regierung sollte ein neues Rentensystem - Lebensversicherungssystem - errichten, das alle Bürger erfaßt, anstatt die ländlichen Arbeiter außerhalb dieses Schirms zu lassen, wie dies nun der Fall ist. Nach dem neuen System sollten Arbeitseinheiten sowie Individuen die Verantwortlichkeit für das Rentensystem teilen. Die Individuen sollten 1,5% ihrer monatlichen Einkommen als Versicherungsprämie für einen Zeitraum von 15 Jahren einzahlen. Auch die Unternehmen sollten einen Teil der Altersrenten übernehmen.

Für 130 Millionen Bauern soll ein neues Rentensystem nach und nach errichtet werden, das ihnen ein Pro-Kopf-Einkommen von 700 Yuan pro Jahr oder mehr garantiert.

Regierungsabteilungen haben auf den Plan eines Bezirkes aus Dalian in der Provinz Liaoning hingewiesen, nach dem eine monatliche Rente von 208 Yuan an jene gezahlt werden soll, die 15 Yuan monatlich 30 Jahre lang eingezahlt hätten. Im Jahre 1988 betrug das landesweite Pro-Kopf-Einkommen der Bauern 545 Yuan.

Ländliche Industriebetriebe, die eine der wichtigsten Quellen des hohen landwirtschaftlichen Einkommens darstellen, verteilen die meisten ihrer Gewinne im Rahmen des Wohlfahrtssystems an ihre Arbeiter. Unter den Gütern, die sie verteilen, sind Sofas, Farbfernsehgeräte, Kühlschränke, Baumaterialien und sogar Häuser. Diese Praxis habe nicht nur zum überhitzten Konsum des Landes beigetragen, sondern auch den zunehmend hohen Anteil alter Menschen auf dem Lande und die Schwierigkeiten pensionierter Menschen vernachlässigt.

Die Zentrale Kommission für die Umgestaltung der Wirtschaft sei mit anderen staatlichen Abteilungen dabei, ein neues Rentensystem für die Arbeiter in staatseigenen Unternehmen zu entwerfen. Nach diesem System sollen alle Arbeiter einen Teil ihrer Löhne in den Rentenfonds einzahlen.

Ca. 100 Millionen Chinesen haben Lebensversicherungsverträge abgeschlossen. Die Prämien machten insgesamt umgerechnet 2 Mrd. US\$ in den letzten sieben Jahren aus. Im Jahre 1988 betrug die Gesamtheit der Prämien für persönliche Versicherungen ca. umgerechnet 1 Mrd. US\$, 50% mehr als 1987.

Es gibt nun ca. 1.500 Versicherungsorganisationen im ganzen Lande mit mehr als 10.000 Vollzeitkräften. Die abgeschlossenen Policen beziehen sich auf Lebensversicherung, Altersrentenversicherung, Kranken- und Unfallversicherung. (XNA, 2., 10., 12., 13.5.89) -lou-

*(20)

Getreideproduktion, -verbrauch und -importe

Am 3. Juni 1989 teilte der Landwirtschaftsminister He Kang mit, daß die Volksrepublik dieses Jahr eine gute Sommerernte haben werde. Es werde erwartet, daß China in diesem Sommer im Vergleich mit dem vorangegangenen Jahr 5,2 Mio.t Getreide und 780.000 t Ölsaaten mehr erzielen werde. He Kang sagte, der Grund für diese Erwartungen sei die Einführung von fortschrittlicher Technologie und die Erhöhung der staatlichen Ankaufpreise bei Getreide und Ölsaaten. Es gebe jedoch Ankündigungen von Überschwemmungen, Dürren und Taifunen sowie niedrigen Temperaturen in verschiedenen Teilen des Landes für die nächsten Monate. Der Landwirtschaftsminister forderte die Bauern auf, hart zu arbeiten, um maximale Erträge des Sommergetreides sicherzustellen.

Die chinesische Tabak- und Alkoholproduktion sei außer Kontrolle geraten und beeinträchtige die landwirtschaftliche Produktion ernsthaft, so teilte die *Wirtschaftstageszeitung* mit.

Eine offizielle Untersuchung der ca. 77.000 Tabakanbauer in 21 Provinzen zeigte, daß im Jahre 1988 das mit Tabak bebaute Land um 40% zugenommen habe. Trotz der drastischen Schrumpfung des Ackerlandes werde das Tabakland in diesem Jahre einen Rekord von mehr als 1,53 Mio.ha erreichen. Das Ergebnis des Tabakanbaus bedeute einen Verlust von mindestens 11,5 Mio.t Getreide 1989.

Die Bruttoproduktion von alkoholischen Getränken betrug 1988 ca. 5 Mio.t, was einem Getreideverbrauch von 12,5 Mio.t entsprach. Offizielle Statistiken zeigten, daß 1988 der Bierausstoß des Landes 6,54 Mio.t betrug, damit rangierte die Volksrepublik an 3. Stelle hinter den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland.

Zwischen 1985 und 1988 hatte die chinesische Bierindustrie eine Wachstumsrate von 30% realisieren können.

Nach anderen Berichten verbrauchte die alkoholproduzierende Industrie mehr als 14 Mio.t Getreide im Jahre 1988. Es wurde vorausgesagt, daß in den nächsten Jahren der Getreideverbrauch der Alkoholindustrie um 1 Mio.t jährlich zunehmen werde.

Um die Getreideknappheit zu beheben, hat die Volksrepublik jahrelang große Summen von Devisen für den Import von ca. 15 Mio.t. Getreide pro Jahr ausgegeben. Aber ca. 93% - das sind 14 Mio.t - dieses importierten Getreides gingen in die Produktion alkoholischer Getränke.

Nach Aussagen der *Wirtschaftstageszeitung* behindere die überhitzte Tabak- und Alkoholproduktion die normale Entwicklung der Volkswirtschaft beträchtlich. Experten tadeln die lokalen Regierungen, die die Bauern ermutigt hätten, sich der Tabak- oder Alkoholproduktion zuzuwenden, um mehr Steuern und Gewinne von den Farmern einkassieren zu können.

Es gebe nun mehr als 50.000 Destillieren in ganz China, davon verwendeten mehr als 40.000 Getreide zur Alkoholherstellung.

Chinas rückständige Technologie hinsichtlich des Aussäens von Getreide bedeute, daß mehr Getreide als in landwirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern als Saatgetreide verwendet werden muß. Jedes Jahr müssen mehr als 20 Mio.t Getreide als Saatgut verwendet werden. Wissenschaftler erklärten, daß die Einführung von verbesserten Sätechnikern mehr als 3 Mio.t Getreide pro Jahr einsparen könnten.

Nahezu 60 Mio.t Getreide werden während des Mähens, Dreschens, Lagerns und Transportes vergeudet. Der Verlust von 15% des Getreides während dieser Prozeduren ist viel höher als der Standard von 5%, der von der Getreide- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen als Norm genannt wird. Ca. 5-10% des gesamten Getreides wird von Ratten gefressen.

Weitere Verluste treten durch sorglosen Umgang der städtischen Bevölkerung mit dem Getreide auf. Auch die altmodischen Viehzuchtmethoden erhöhen die Verluste. Beispielsweise werden in der Provinz Hunan allein 2,5 Mio.t Reis jedes Jahr an die Schweine verfüttert.

Anfang Juni 1989 kaufte die Volksrepublik ungewöhnlich große Mengen Weizen in den Vereinigten Staaten. In einer Woche schloß die Volksrepublik Kaufverträge über 2,2 Mio.t Weizen ab; das sind mehr als 25% der Lieferungen des vergangenen Jahres. Amerikanische Fachleute werten die Käufe als Zeichen dafür, daß die Volksrepublik Versorgungsschwierigkeiten in den Städten befürchtet.

Mit Überraschung war in den Vereinigten Staaten registriert worden, daß die Volksrepublik die angebotene Exportsubvention nicht in Anspruch genommen habe. Für den Kauf von rd. 900.000 t hätten aus dem Exportfonds Subventionen in Anspruch genommen werden können. Der Grund für den Verzicht ist vermutlich darin zu sehen, daß die Volksrepublik mit den Käufen möglichst wenig Aufsehen erregen und angesichts der negativen Reaktionen in den Vereinigten Staaten dem Kongreß keinerlei Anlaß zu Strafaktionen geben wollte. Wie von amerikanischer Seite jedoch bekräftigt wurde, werde ein Getreideembargo nicht erwogen.

Amerikanische Nahrungsmittelkonzerne hatten in den letzten Jahren in der Volksrepublik investiert, um die Konsumenten an Backwaren und den Konsum von Weizenmehlprodukten zu gewöhnen. Die Vereinigten Staaten wollen daher auf keinen Fall diesen Markt für amerikanische Landwirtschaftsprodukte verlieren. (Radio Beijing, 5.6.89; China Daily, 5.5. und 29.5.89; FAZ, 7.6.89) -lou-

***(21)
Provinz Guangdong führend in der Entwicklung**

Die südliche Provinz Guangdong hat als umfassende Experimentalzone von der Reform des Wirtschaftssystems und der Öffnungspolitik besonders profitieren können. Der Bruttoproduktionswert der Provinz stieg von nur 18,47 Mrd. Yuan im Jahre 1978 auf 111,54 Mrd. Yuan im Jahre 1988. Das gesamte (National)Einkommen der Provinz nahm von 17,4 Mrd. Yuan 1978 auf 87,84 Mrd. Yuan 1988 zu.

1988 wurden 13,4 Mrd.Yuan an Steuern an den Staat überwiesen. Noch 1979 betragen die Beiträge der Provinz nur 1,28 Mrd. Yuan.

Die in der genannten Dekade erzielten Devisen beliefen sich auf ca. 13,9 Mrd.US\$.

Während der genannten Periode konnte die Provinz ca. 600.000 Einheiten fortgeschrittener Ausrüstungen und 700 Produktionslinien importieren, um ihre Wirtschaft zu entwickeln. Diese Importe sowie die Absorption fortgeschrittener Technologie und Managementmethoden werden von Guangdong aus in das ganze Land verbreitet.

"Geben Sie uns die Befugnisse und dann können wir uns aus eigenen Kräften entwickeln", erklärte Guangdong Gouverneur Ye Xuanping auf der 2.Tagung des VII.Nationalen Volkskongresses in Beijing. Er fügte hinzu, daß Guangdong in der Vergangenheit arm gewesen sei, staatliche Investitionen seien nur gering gewesen. Nun aber arbeitet die Provinz mit dem Innern des Landes hinsichtlich des Außenhandels zusammen. Auf diese Weise würden Devisen für den Start erzielt; auch würde man dazu beitragen, die Binnenwirtschaft zu entwickeln.

Guangdong investiert in Unternehmen im Binnenland und erhält von dort die dringend benötigten Rohmaterialien.

Im Jahre 1985 investierte die Guangzhou Metal Material Corporation insgesamt 100 Mio. Yuan in die Chongqing Iron and Steel Corporation. Dafür erhielt das Unternehmen in Guangzhou jährlich über 10.000 t Stahl von der Chongqing Fabrik, um seine Leicht- und Elektroapparate-Industrie zu entwickeln.

Als Nachbar von Hongkong und Macau ist die Provinz Guangdong zu einem Sprungbrett für Unternehmen aus dem Binnenland geworden, die Technologie und Ausrüstungen importieren und gleichzeitig ihre Güter auf die Weltmärkte bringen wollen.

Insbesondere die Sonderwirtschaftszonen spielen hier eine Rolle. In Shenzhen beispielsweise haben 29 Provinzen, Städte und Autonome Regionen Büros errichtet. 46 Regierungsministerien, Komitees und Ämter unter dem Staatsrat haben Verwaltungsbüros in der Zone errichtet. Die Gesamtinvestitionen aus dem ganzen Land in Shenzhen belaufen sich bislang auf 2,6 Mrd.Yuan.

Der schnelle Fortschritt ist natürlich mit Problemen belastet - es sind zu nennen Schmuggel, Spekulationsgeschäfte, Prostitution usw.

Zusätzlich strömen überschüssige Arbeitskräfte in die Provinz, weil sie hoffen, hier Beschäftigung zu finden. In

den letzten Jahren sind mehr als 4 Millionen überschüssige Arbeiter aus dem ganzen Lande nach Guangdong gekommen. Die Überfüllung ist nun zu einem Hemmfaktor für die Wirtschaftsentwicklung geworden. (China Daily, 22.5.89) -lou-

*(22)

Umwelterstörung

Nach einem Artikel in der *Geologischen Zeitung für China* seien nahezu die Hälfte der geologischen Katastrophen in der Volksrepublik durch die irrationale Nutzung natürlicher Ressourcen herbeiführt worden. Von den 183 Erdstößen entlang der Eisenbahnlinie Chengdu-Kunming seien 77 - oder 41% - auf den Bau dieses Projektes zurückzuführen.

Übermäßige Abbauaktivitäten in der Kohlenzeche Enkou, Provinz Hunan, führten zu 5.800 Erdenbrüchen und zerstörten 630 ha Farmland und 9 Wasserreservoirs.

In der genannten Zeitung heißt es weiter, ca. 20 Städte, darunter Shanghai, Xi'an und Tianjin, hätten als Folge einer exzessiven Nutzung des Untergrundwassers in der letzten Dekade Oberflächensenkungen hinzunehmen gehabt.

Jedes Jahr würden nahezu 5 Mrd.t Boden, angereichert mit 40 Mio.t Chemiedünger, hinweggewaschen. Die Volksrepublik habe mehr als 1 Mrd. Yuan ausgegeben, um Eisenbahnstrecken in Berggegenden zu reparieren, die durch Erdstöße zerstört worden waren.

Diese Fakten zeigten, so die Zeitung, daß die Menschen geologische Katastrophen in ihre Überlegungen einbeziehen sollten, wenn sie Aufbauprojekte unternehmen.

Mehr als 6,6 Mio.ha Farmland, ca. ein Zehntel des gesamten Farmlandes des Landes, sei durch Verschmutzung industrieller Unternehmen und Zechen in den letzten Jahren geschädigt worden. Auf diese Weise habe die Getreideernte um 5-10 Mio.t jährlich abgenommen, dies erklärte He Kang, der Landwirtschaftsminister, vor der 3.Nationalen Umweltschutzkonferenz in Beijing.

Mit der Entwicklung der ländlichen Industrie greife die Umweltverschmutzung von städtischen Gebieten auf

ländliche Gebiete über, erklärte He. Im Jahre 1988 gab es in der Provinz Hubei ca. 220 Fälle von Umweltverschmutzung, wovon mehr als 55.000 ha Farmland betroffen wurden. Dies bedeutete einen direkten wirtschaftlichen Verlust von 10,4 Mio. Yuan, das war das Doppelte der Verluste des Jahres 1987.

Im April 1988 wurden in der Provinz Shaanxi durch den plötzlichen Abfluß von molybdenhaltigen Materialien mehr als 46 ha Farmland verseucht. Mehr als 2.000 Menschen wurden durch diesen Fall von Umweltverschmutzung krank, was wirtschaftliche Verluste von 10 Mio.Yuan verursachte.

Ein Viertel des gesamten Ackerlandes der Volksrepublik seien durch Bodenerosion beschädigt. Im Lösplateau hätte die Erosion mehr als 70% der gesamten Ackerflächen geschädigt.

Das regionale Klima verschlechtert sich, und zwar aufgrund der Schäden an der natürlichen Umwelt, was zu weiteren Naturkatastrophen führen wird.

Ca. 46 Kreise in der Provinz Sichuan hatten einen Rückgang der Niederschläge in Höhe von 15-20% in den letzten zehn Jahren zu verzeichnen. Zuvor hatte es in Sichuan-Becken nur jedes dritte Jahr eine Trockenheit gegeben. In neuerer Zeit gab es zweimal in drei Jahren Trockenheiten.

Nach Aussagen von Wissenschaftlern wird das begrenzte Farmland in den Gebieten am Oberlauf des Yangzi - insbesondere in den bergigen Gebieten - in der nächsten Zukunft unfruchtbar werden, falls die ernste Bodenerosion nicht gestoppt werden kann. Experten des Planungsbüros Yangzi-Fluß erklärten, daß wegen der gegenwärtigen Verschlechterungen der Umwelt in diesen Gebieten es in einigen dieser Gebiete für zukünftige Generationen unmöglich sein werde, nur von der Landwirtschaft zu überleben.

Große Strecken von Farmland verlieren die Muttererde und werden in steinige Wüsteneien verwandelt. Der Oberlauf des Yangzi gehört zu Chinas Gebieten mit den meisten Erosionen.

Das betroffene Land am Oberlauf des Flusses umfaßt ca. 1 Mio.km² in Tibet, Qinghai, Yunnan, Guizhou, Sichuan, Gansu, Shaanxi und Hubei.

Wie eine Untersuchung zeigt, sind mehr als 350.000 km² des Farmlandes, oder 35% des Ganzen, durch Erosion betroffen. Von dem betroffenen Land sind mehr als 30% schwer betroffen. Die erodierten Materialien belaufen sich auf 1,4 Mrd.t jährlich.

Als Ergebnis der Erosionen müssen mehr und mehr Bauern am Oberlauf des Yangzi umgesiedelt werden, weil sie kein Ackerland mehr haben. Gegenwärtig macht die Bodenerosion für mehr als 36% der gesamten landwirtschaftlichen Bevölkerung in der Stadt Dongchuan es immer schwieriger, Trinkwasser zu bekommen. Die Bodenerosion hat die Effizienz vieler Wasserspeicher-Einrichtungen in diesen Gebieten reduziert. Einige Reservoirs haben nur noch ein Drittel ihrer ursprünglichen Kapazität, viele andere sind verschlammte und müssen in den nächsten Jahren aufgegeben werden.

Experten führen die Probleme auf die Tatsache zurück, daß das Farmland in dem Gebiet auf den bergigen Hängen um 40-60% ausgedehnt wurde. Das Fällen von Bäumen hat die Vegetation seit den späten 1950er Jahren ruiniert. Einer der wichtigen Gründe der Bodenerosion ist in dem Druck zu sehen, der durch die Nahrungsmittel- und Brennstoffbedürfnisse einer steigenden Bevölkerung in den letzten Jahren ausgeübt wurde.

Die durchschnittliche natürliche Wachstumsrate der Bevölkerung betrug 2,1% in den meisten Gebieten der ärmsten Kreise gegen Ende des Jahres 1988. Dies sogar trotz der strikten Familienplanungsmaßnahmen, die von den lokalen Behörden durchgeführt wurden. Bekanntlich betrug in derselben Periode die durchschnittliche Wachstumsrate in ganz China 1,42%.

Nach einem Bericht der *Nord-Ost-China-Wirtschaftszeitung* sei der nördliche Teil der Bucht von Bohai, einst wegen seiner marinen Ressourcen "Chinas goldene Küste" genannt, ernsthaft verschmutzt worden. Wegen der Verschmutzung sei das Leben im Meer entlang der Küstenlinie vom Shanhai-Paß zur Mündung des Flusses Daling in der Nähe von Jinzhou erloschen. Viele marine Lebewesen seien buchstäblich fast verschwunden, und in einigen der Buchten und Gewässer sei nichts Lebendes mehr anzutreffen.

Untersuchungen zeigten, daß die Verschmutzung durch Abwässer aus den Öl-, Chemie-, Metallurgie-, Kunstdün-

ger- und Zementindustrien zustande komme. Jedes Jahr würden mehrere 100 Mio. Gallonen industrieller Abwässer, die Öl, Quecksilber, Blei, Zink, Kadmium und andere Chemikalien enthielten, in die Bucht entlassen. Das am meisten verschmutzte Gebiet entlang der Küstenlinie in die Bucht von Jinzhou, wo der Schwermetallanteil der Verschmutzung nun zu den Spitzenwerten in der Welt gehöre. Eine nationale Nicht-Eisenmetallurgiefabrik entlasse direkt 20.000 Gallonen von Abwässern mit Schwermetallen sowie 300 t von Schmutzresten in die Bucht ab. Der Schwermetallanteil in den Körpern von Fischen in diesem Gebiet liege 6-25mal über dem Grenzwert, der von der Regierung festgesetzt worden sei. Aufgrund des Durchsickerns vom verschmutzten Meer aus würden das Grundwasser und die Produkte des umliegenden Landes ebenfalls verseucht; auf diese Weise würde die Gesundheit der Bevölkerung gefährdet.

Die Ökologen erklärten, daß, wenn die gegenwärtige Generation keine sofortigen Aktionen unternähme, für zukünftige Generationen praktisch nichts mehr übrigbliebe von diesem einst blühenden und reichen Ökosystem. (XNA, 14. und 17.5.89; China Daily, 1. und 3.5.89) -lou-

* (23)

Zweitjobs immer beliebter

Vor allen in den Küstenstädten nimmt eine zunehmende Zahl von Menschen eine zweite Arbeitsstelle an, um in der Freizeit ihre Lebensbedingungen zu verbessern. In einem Artikel der *Volkszeitung* heißt es, daß Phänomen sei das Resultat der intensivierten Reformen, die mehr talentierte Menschen benötigt, um die Marktwirtschaft auszuweiten.

Eine repräsentative Umfrage des Zentralen Statistikamtes zeigt, daß in der Stadt Guangzhou mehr als 30% der Arbeiter eine zweite Arbeitsstelle haben; in ca. 20% der Haushalte gibt es Familienmitglieder, die für Privatunternehmen arbeiten.

In Tianjin stieg der Anteil der Arbeiter mit einer zweiten Arbeitsstelle von 2% im Jahre 1982 auf 20% im Jahre 1988. Tausende von Menschen arbeiten in ihrer Freizeit auf freien Märkten.

In Shanghai haben mehr als 1 Million Menschen, das sind 16,3% der Gesamtzahl der Arbeiter, eine zweite Arbeitsstelle.

Die Zahl der Menschen mit Zweitarbeitsstellen ist proportional am höchsten in Wenzhou, Provinz Zhejiang. Eine Untersuchung zeigte, daß der Anteil von 57% im Jahre 1987 auf 70% im Jahre 1988 stieg.

Eine Untersuchung, die 1.200 Arbeiter und Angestellte in der Provinz Hunan einbezog, zeigte, daß 29,1% von ihnen in solchen Tätigkeiten, wie Nähen, Haare schneiden, Photographie sowie Instandhaltungsdienstleistungen, beschäftigt waren. 26,7% arbeiteten in ihren eigenen Unternehmen und Restaurants, 16,3% beschäftigten sich mit Unterricht, Beaufsichtigung von Kindern, Rechtsberatung, Herausgeberrätigkeit und anderen technischen Dienstleistungen. Die meisten der Menschen mit einem zweiten Arbeitsplatz sind zwischen 35 und 55 Jahre alt.

Eine in den ersten sechs Monaten des Jahres 1988 durchgeführte repräsentative Untersuchung zeigte, daß Menschen mit einer zweiten Arbeitsstelle in der Provinz Gansu durchschnittlich 31,8 Yuan pro Monat verdienen, jene in der Provinz Hunan verdienen 44,4 Yuan. Die Gründe für dieses relativ geringe Einkommen seien darin zu suchen, daß viele Arbeitseinheiten ihren Mitgliedern nicht erlauben, eine zweite Arbeitsstelle anzunehmen. Ingenieure finden Möglichkeiten, in den sich schnell entwickelnden ländlichen Industrieunternehmen zu arbeiten.

Als Ergebnis der Inflation möchten viele Menschen, insbesondere Intellektuelle, deren Löhne geringer sind als diejenigen von Handarbeitern, ihre Einkommen erhöhen, um ihren Lebensstil zu verbessern. Ein weiterer Grund besteht darin, daß einige Einheiten so viele Spezialisten haben, daß sie kaum Nutzen von allen ihren talentierten Arbeitern ziehen können. Menschen in diesen Einheiten, die nichts zu tun haben, möchten eine zweite Arbeitsstelle annehmen, um ihre Talente zu zeigen.

Einige Menschen, die eine zweite Arbeitsstelle in ihrer Freizeit annehmen, lassen sich krank schreiben oder bitten um Sonderurlaub aus familiären Gründen. Eine geringe Anzahl bleibt auch der Arbeit ohne Genehmigung fern.

In der *Volkszeitung* heißt es, daß die Annahme einer zweiten Arbeitsstelle kontrovers diskutiert wird. Duan Wenqi, ein höherer Ingenieur an einem

staatlichen Forschungsinstitut in Beijing, erklärte, daß die Annahme einer zweiten Arbeitsstelle sowohl für das Land als auch für das Individuum in der gegenwärtigen Situation nützlich sei, denn es bestehe in der Volksrepublik ein ernster Mangel an Spezialisten und Technikern. Er selbst habe seit 1985 seine Dienste in seiner Freizeit einem Kollektivunternehmen für Forschungsentwicklung angeboten. Seine Meinung wird von vielen Intellektuellen geteilt, nicht jedoch von Funktionären, die der Meinung sind, daß eine zweite Arbeitsstelle die normale Arbeit beeinträchtigt. Einige Menschen haben die Regierung gebeten, Maßnahmen zu ergreifen, damit die Menschen eine zweite Arbeitsstelle offen und legal annehmen können. (RMRB, 18.5.89) -lou-

* (24)

Großer Bestechungsskandal in Zhejiang

Eine lokale Staatsanwaltschaft hat den größten jemals in der Provinz Zhejiang aufgetretenen Bestechungsskandal ans Licht gebracht. Darin sind 47 Menschen beteiligt, für die Volksrepublik ergab sich ein riesiger Devisenverlust.

Ein stellvertretender Staatsanwalt erklärte, daß der Fall mit dem Verkauf von Seide zu tun habe und daß die Kriminellen ihre administrativen Befugnisse oder ihren Einfluß dazu benutzten, mittels des Verkaufs von Rohseide nach Hongkong durch illegale Kanäle Bestechungsgelder zu kassieren. Der Seidenhandel sei ein Gebiet, in dem es viel Bestechung gebe, weil die Produkte sich sehr gut auf dem Weltmarkt verkaufen, wo das Angebot knapp ist.

Es wurde bekannt, daß in vielen ähnlichen Fällen die Seidenprodukte, insbesondere Rohmaterialien, auf dem Hongkonger Markt auftauchten, nachdem sie durch mehrere Hände und durch illegale Kanäle gegangen waren.

Nach den Statistiken der betroffenen Abteilungen hätte das Land eigentlich für die Seide, die im Jahre 1988 nach Hongkong exportiert worden war, ca. 5 Mrd. HK\$ erhalten müssen, das tatsächliche Einkommen belief sich jedoch nur auf etwa 2 Mrd. HK\$.

Mindestens sechs lokale Unternehmen und Fabriken waren an dem Bestechungsskandal beteiligt; sie alle miß-

achteten die Regeln für den Seidenhandel. Da diese Unternehmen nicht direkt mit Hongkonger Unternehmen in Kontakt treten konnten, wurden chinesische Firmen in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen dazu benutzt, den Weiterverkauf nach Hongkong zu organisieren.

Die lokalen Firmen erhielten für die Verkäufe sog. Verkaufskommissionen. Die Hongkonger Unternehmen erhielten die Seide zu einem wesentlich geringeren Preis als den, den sie auf legale Weise hätten zahlen müssen.

Die Untersuchungen begannen im März 1988, nachdem die Staatsanwaltschaft einen anonymen Brief über die Vorfälle erhielt. Die Staatsanwaltschaft verglich den Fall mit "dem Seidenfaden, den die Seidenwürmer produzieren, wenn sie ihre Kokons spinnen, d.h. fast endlos".

Der zunächst in dem anonymen Brief beschuldigte Manager wurde zu drei Jahren Gefängnis mit einer vierjährigen Bewährungszeit verurteilt. Dies sei eine leichte Strafe, so die Staatsanwaltschaft, weil das Geständnis die Untersuchungen erleichtert hätte.

Die Untersuchungen gehen weiter. Bislang wurden 300.000 Yuan und 29.000 HK\$ sichergestellt. (China Daily, 29.5.89) -lou-

Taiwan

***(25)**
Haushalt der Zentralregierung verabschiedet

Das Gesetzgebungs Yuan (Parlament) hat am 24. Mai den Haushalt der Zentralregierung für das Fiskaljahr 1990 (Juli 1989 - Juni 1990) mit einer Kürzung der Ausgaben um 19,3 Mrd. NT\$ (z.Z. rd. 26 NT\$ = 1 US\$) oder 2,76% verabschiedet. (ZYRB, LHB und CP, 25.5.89) In dem von der Regierung vorgelegten Haushaltsplan wurden Gesamtausgaben in Höhe von 699,7 Mrd. NT\$ veranschlagt (siehe C.a. März 1989, S.173 f, Ü 32). Nach der Kürzung belaufen sich die Gesamtausgaben auf 680,4 Mrd. NT\$. Das im Regierungsentwurf vorgesehene Defizit in Höhe von 157,8 Mrd. NT\$ wurde um 57,7 Mrd. reduziert.

Von der Kürzung des Budgets ist das Verteidigungsministerium am stärksten betroffen. Im Vergleich zum Haushaltsentwurf bekommt das Verteidigungsministerium fast 1 Mrd. NT\$ weniger für seine Aufgaben.

Nach der Reduzierung des Haushaltsplans braucht die Regierung statt 100 Mrd. NT\$ nur noch 50 Mrd. Schulden in Form von öffentlichen Anleihen aufzunehmen; ein Teil des Defizits wurde durch Erhöhung der Einnahmen gedeckt. -ni-

***(26)**
16 politische Parteien registriert

Am 12. Mai hat das Innenministerium in Taipei der Minzhu-jinbu Dang (Democratic Progressive Party) eine Parteiurkunde erteilt. Damit wurde die größte Oppositionspartei von der Regierung offiziell legalisiert. (LHB und CP, 13.5.89)

Die Partei ist am 28. September 1986 gegründet worden. Zunächst betrachteten die Behörden sie zwar als eine "illegale" Organisation, aber sie wurde geduldet. Nachdem ein Gesetz zur Regelung ziviler Körperschaften einschließlich politischer Parteien am 20. Januar d.J. vom Gesetzgebungs Yuan (Parlament) verabschiedet worden war, verzögerte die Partei ihre Anmeldung, denn sie ist mit dem Gesetz nicht zufrieden.

Die Regierungspartei Guomintang (Kuomintang) hat am 10. Februar d.J. als erste Partei beim Innenministerium einen Antrag auf Registrierung gestellt. Gemäß dem Gesetz wurden bislang 16 Parteien offiziell registriert. Neben den zwei genannten großen Parteien handelt es sich um die folgenden 14 Splitterparteien: Young China Party, China Democratic Socialist Party, Labor Party, China Democratic Party, China Democratic Justice Party, China Republican Party, China United Party, China New Socialist Party, China Popular Party, China Chunggho Party, China Unification Party, Unification Democratic Party, China Loyal Virtue Party, Workers Party. (FCJ, 15.5.89) -ni-

***(27)**
Li Huan löste Yu Guohua als Ministerpräsident ab

Am 30. Mai wurde Li Huan (Lee Huan, 72) von Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) zum Ministerpräsidenten

ernannt. Vor der Ernennung war er Generalsekretär der Regierungspartei Guomintang (Kuomintang, im folgenden GMD). Sein Vorgänger, Yu Guohua (Yu Kuo-hwa, 75) ist zurückgetreten. (LHB, ZYB und CP, 31.5.-2.6.89)

Seit Mai 1984 war Yu fünf Jahre lang Ministerpräsident. Während seiner Amtszeit hat es große politische Veränderungen in Taiwan gegeben, vor allem wurde der über 38 Jahre lang andauernde Ausnahmezustand Mitte Juli 1987 aufgehoben. Im letzten und in diesem Jahr wurden nacheinander die Verbote zur Gründung privater Zeitungen bzw. politischer Parteien aufgehoben. Seit November 1987 wird den Bürgern offiziell erlaubt, nahe Verwandte auf dem chinesischen Festland zu besuchen. Besonders in der letzten Zeit hat die Regierung die humanitären und kulturellen Verbindungen sowie den indirekten Handel beider chinesischen Seiten wesentlich erleichtert. Aber all diese Maßnahmen wurden nicht aufgrund von Yus Initiative ergriffen, sondern waren Entscheidungen des verstorbenen Präsidenten Jiang Jingguo (Chiang Ching-kuo) bzw. des jetzigen Präsidenten Li Denghui. Grundsätzlich hat er eine konservative Einstellung. Menschlich wurde er zwar infolge seiner Jovialität und Ehrlichkeit allgemein respektiert, doch als Politiker hält man ihn eher für farblos oder sogar für ein Hindernis politischer Reformen. Bei den Wahlen zum Zentralen Exekutivkomitee auf dem 13. Parteitag der GMD, die im Unterschied zu früheren Zeiten demokratischer durchgeführt worden waren, hat Yu sehr schlecht abgeschnitten und stand nur an 35. Stelle der 180 Mitglieder nach dem Stimmresultat. Ferner war seine Popularität gemäß demoskopischen Umfragen immer sehr niedrig. Sowohl im Gesetzgebungs Yuan (Parlament) als auch innerhalb der Regierungspartei wurde von liberalen und jungen Kräften häufig sein Rücktritt gefordert. Anfang Februar d.J. äußerte er schon seine Amtsmüdigkeit, doch glaubte man zuerst, daß er erst nach der Präsidentenwahl im kommenden Jahr sein Amt aufgeben würde. Daher war die Öffentlichkeit überrascht, als sein Rücktritt am 17. Mai durch die Medien bekanntgemacht wurde.

Als Begründung seiner Entscheidung zum Rücktritt erklärte Yu, daß er damit zur "Einheit der Partei" beitragen möchte. Ferner sagte er, daß die politische Lage unter der Führung des